

informationen

der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

Schwerpunkt: Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt

Liebe Leser_innen,
liebe Freund_innen,

gemeinsam mit vielen anderen trauern wir um Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru und Ismail Yaşar aus Nürnberg, Süleyman Taşköprü aus Hamburg, Habil Kılıç und Theodoros Boulgarides aus München, Mehmet Turgut aus Rostock, Mehmet Kuşbaşık aus Dortmund, Halit Yozgat aus Kassel und Michèle Kiesewetter aus Heilbronn, die von Mitglieder des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) ermordet wurden. Unsere Anteilnahme und Solidarität gilt ihren Angehörigen und Freund_innen, die seit Jahren um die Aufklärung der Verbrechen und ihrer Hintergründe kämpfen. Angesichts des mit dem Bekanntwerden der rassistischen Mordserie zu Tage getretenen Ausmaßes an Verharmlosung und Ignoranz von Sicherheitsbehörden und politisch Verantwortlichen ist eine Zäsur im Umgang mit der extremen Rechten unbedingbar (S. 10 & 11). Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die offizielle Entschuldigung des Bundestags und Bundesrats

gegenüber den Angehörigen der Ermordeten und auch die Ankündigungen von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sowie Innenminister Holger Stahlknecht (CDU), die offiziellen Zahlen der Todesopfer rechter Gewalt endlich einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Zur Erinnerung: Opferberatungsprojekte gehen von mindestens 150 Todesopfern rechter Gewalt seit 1990 aus; die Sicherheitsbehörden erkennen lediglich 47 Todesopfer an.

Besorgt sind wir, weil der aktuelle mediale Diskurs stark von sicherheitspolitischen Aspekten dominiert wird und die Alltäglichkeit von Rassismus und rechter Gewalt und die Perspektiven von Betroffenen vergleichsweise wenig Beachtung finden. Auch die Tendenz, rechte Gewalt als Ostproblem zu verorten, ist mehr als bedenklich. Seit längerem erreichen uns Anfragen von Betroffenen aus den westlichen Bundesländern. Denn während die Bera-

tungsstellen in Ostdeutschland auf zehn Jahre Beratungspraxis zurückblicken können, mangelt es in Westdeutschland weiterhin an flächendeckenden, spezialisierten Beratungsangeboten (S. 9).

Die Perspektiven und Forderungen von Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt gesellschaftlich zu verankern und gemeinsam mit ihnen für die Durchsetzung und Stärkung ihrer Rechte zu kämpfen, ist uns seit nunmehr zehn Jahren zentrales Anliegen. Anlässlich unseres Jubiläums haben wir im Oktober eine Broschüre veröffentlicht und Bilanz gezogen (S. 4 & 5). Einblick in die Broschüre bietet zudem ein Interview, das auf S. 6 & 7 abgedruckt ist. Unser Dank gilt allen, die uns in den vergangenen Jahren solidarisch unterstützt haben. Gemeinsam mit Ihnen und Euch werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass auch im kommenden Jahr Betroffene rechter Gewalt nicht alleine gelassen werden. ■

Mobile Beratung
für Opfer rechter Gewalt

- Wir unterstützen Betroffene nach einem rassistischen, rechten oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Betroffene rechter Gewalt und Freund_innen, Angehörige und Zeug_innen.
- Wir intervenieren, wenn sich Betroffenen rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

Halle

Platanenstr. 9; 06114 Halle
Tel.: 0345/2 26 71 00 Mobil: 0170/2 94 84 13,
0151/53 31 88 24 oder 0175/1 62 27 12
opferberatung.sued@miteinander-ev.de

Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5 44 67 10 Mobil: 0170/2 94 83 52
oder 0170/2 92 53 61
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

Salzwedel

Chüdenstr. 4; 29410 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 31 Mobil: 0170/2 90 41 12
oder 0175/6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

Freispruch nach rassistischem Angriff in Schönebeck

14. Juni/Dessau-Roßlau

Auf ihrem Weg Richtung Hauptbahnhof wird eine 18-Jährige gegen 21 Uhr in Höhe der Gaststätte „Bibers Corner“ plötzlich von einem Mann als „Zecke“ beschimpft. Ohne darauf zu reagieren, setzt sie ihren Weg fort und hört, wie unmittelbar hinter ihr eine Flasche zu Bruch geht. Daraufhin flüchtet die 18-Jährige und erstattet Anzeige.

Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung.

29. Juni/Burg (Jerichower Land)

Ein 29-jähriger Schwarzer wird in Bahnhofsnähe von drei Jugendlichen verfolgt und eingeholt. Dabei rufen sie rechte Parolen. Bei einem der Unbekannten bemerkt der Betroffene ein Messer. Ein anderer sprüht dem 29-Jährigen unvermittelt Pfefferspray in die Augen. Es gelingt ihm, in ein Geschäft zu flüchten. Als er wieder herauskommt, sind die Rechten immer noch da. Einer der Angreifer sprüht dem Betroffenen erneut Pfefferspray in die Augen. Als durch Passant_innen alarmierte Polizeibeamte vor Ort eintreffen, nehmen sie zwei Tatverdächtige in Gewahrsam.

Überführt durch einen DNA-Abgleich und Zeugenaussagen wurde der 22-jährige Thomas M. am 3. November 2011 nach viertägiger Verhandlung am Jugendschöffengericht des Amtsgerichts Magdeburg wegen einfacher Körperverletzung zu sechs Monaten Haft verurteilt. Die beiden anderen Angeklagten wurden freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Verurteilung aller drei Angeklagten wegen gemeinschaftlich begangener Körperverletzung gefordert, weil sie von einem geplanten Überfall ausging.

Die Beweisaufnahme während der Hauptverhandlung hatte kein klares Bild des Angriffs in der Silvesternacht ergeben. Alle Zeug_innen, die bis auf den Imbissbetreiber zur Tatzeit z.T. erheblich alkoholisiert waren, schilderten unterschiedliche Wahrnehmungen. Nach Aussage des Betroffenen betreten am frühen Neujahrsmorgen diesen Jahres zwei Männer seinen Imbiss in Schönebeck/Elbe. Einem der Männer, Thomas M., hatte er Wochen zuvor Hausverbot erteilt. Er gehört zu einer Gruppe Neonazis, die mehrmals vor dem Imbiss aufgetaucht war und ihn rassistisch beleidigt hatte. Nachdem er dem anderen Mann Zigaretten verkauft hatte, bat er deshalb beide zu gehen. Einige Zeit später kam Thomas M. mit etwa sechs weiteren Rechten wieder. Während sich die anderen im Raum verteilten, habe Thomas M. ihm mit den Worten „Du bist kein Deutscher!“ provokant Zigarettenrauch ins Gesicht geblasen. Dann packten ihn zwei Unbekannte und Thomas M. schlug auf den Imbissbetreiber ein.

DNA-Spuren nicht verfolgt

Am zweiten Verhandlungstag präsentierte ein damals ermittelnder Polizist überraschend am Tatort sichergestellte Schlagstöcke. Vergleichsproben mit den Angeklagten gab es nicht, da diese den Aufforderungen des LKA zum DNA-Abgleich nicht nachgekommen seien. Die Hauptverhandlung musste für Wochen unterbrochen werden. Nach der kriminaltechnischen Untersuchung

stand fest, dass Thomas M. einen der gesicherten Schlagstöcke in den Händen hatte.

Eine weitere Zeugin sagte aus, die Lebensgefährtin von Thomas M. habe sie – kurz nachdem die Gruppe den Imbiss betreten hatte – mit den Worten „bis alles vorbei ist“ in die Küche geschickt. Andere Zeug_innen sagten aus, dass die Angreifer mindestens teilweise verummumt waren.

Das Gericht folgte jedoch den Wahrnehmungen der Zeug_innen, die aussagten, der Angriff sei nach einer Rangelei zwischen einem der Angreifer und einem Gast erfolgt, die der Imbissbesitzer versucht habe zu beenden. Im Urteil geht das Gericht nicht von einem geplanten Angriff aus. Damit verharmloste die Richterin den gezielten, rassistisch motivierten Angriff und ging dementsprechend auch nicht von einer gemeinschaftlichen Körperverletzung aus.

Rechte Angeklagte

Zwei der Angeklagten sind bei der Justiz keine Unbekannten. Francesco L. stand zum Zeitpunkt des Angriffs noch unter Bewährung. Er hatte im Januar 2006 mit drei weiteren Rechten einen 12-jährigen Schwarzen Deutschen in Pömmelte unter andauernden rassistischen Beleidigungen mehr als eine Stunde hinweg schwer misshandelt. Nach seiner Haft ist Francesco L. weiter in der Schönebecker Neonaziszene aktiv. Zwar wurde seine Einlassung, er sei in der Tatnacht bei seiner damaligen Freundin gewesen widerlegt, weil ihn Zeug_innen am Tatort erkannt hatten. Eine direkte Tatbeteiligung konnte ihm nicht nachgewiesen werden.

Thomas M. war zuletzt zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt worden, weil er und eine weitere Person einen Neonaziussteiger mehr als eine Stunde lang in seiner eigenen Wohnung misshandelt hatten. Das aktuelle Urteil verlängert seine Gesamtstrafe auf zwei Jahre und drei Monate, die somit nicht mehr zur Bewährung ausgesetzt wird. ■

Bewährungsstrafen nach Neonaziangriff in Querfurt

Sieben der mehr als dreißig aktenkundigen Zeug_innen waren zum Prozessauftakt Anfang Oktober 2011 gegen die 22-jährigen Neonazis Ronny B. und Marcel S. am Amtsgericht Merseburg geladen, darunter auch der als Nebenkläger auftretende Punk, der bei dem Angriff vor eineinhalb Jahren in Querfurt schwer verletzt worden war. Die knapp formulierte Anklage spiegelt das Ausmaß des traumatischen Geschehens nur im Kern wider: So hätten die Angeklagten am Abend des 22. April 2010 den Betroffenen gemeinsam mit weiteren unbekannt gebliebenen Personen mit Baseballschlägern auf Kopf und Körper geschlagen, so dass er u.a. eine Kopfplatzwunde, ein Schädelhirntrauma und einen Fingerbruch erlitt.

Geplanter Angriff

„Von allen Seiten und auch aus Autos“ seien etwa zwei Dutzend mit Baseball- und Totschlägern bewaffnete Rechte vor seinem Wohnhaus auf ihn und weitere Alternative zu gerannt, beschreibt der 20-jährige Punk gegenüber der Mobilen Opferberatung das Geschehen. Dann sei er mit Baseballschlägern attackiert worden. Einen weiteren Alternativen beleidigten sie als „Dreckszecke“ und „linkes Kanakenschwein“ und schlugen mit Baseballschlägern und Bierflasche zu. Dann habe B. eine Schusswaffe gezogen. Gerettet habe den 20-Jährigen, dass ein weiterer Rechter mit den Worten „Hier nicht!“ dazwischen gegangen sei. Wenn er keine Anzeige erstatte, würden sie ihn „in Ruhe lassen“.

Aus Angst vor weiteren Angriffen flüchtete der Betroffene nach seinem Krankenhausaufenthalt mit Freundin und Kleinkind zu Bekannten. In der Folge wurden er und seine Freundin mehrfach aus der Neonaziszene bedroht und angegriffen. Zu seiner Erleichterung stand kurz nach Verhandlungsbeginn fest, dass das Gericht auf seine Aussage verzichtet. Die Verteidiger hatten Geständnisse angeboten, um Bewährungsstrafen zu erreichen. In ihren Einlassungen versuchten

beide Angeklagte, die Schwere des Angriffs herunterzuspielen. So bezeichnete B.s Verteidiger die Situation als „Kräftemessen verschiedener Gruppierungen“, und Marcel S. behauptete gar, sie hätten zu zweit einer Zehnergruppe gegenübergestanden.

Distanzierung nur Lippenbekenntnis

Davon unbenommen erklärten beide Verteidiger für ihre Mandanten, das Geschehene täte ihnen leid. In der rechten Szene will Marcel S., der in den letzten beiden Verfassungsschutzberichten Sachsen-Anhalts namentlich als Führungsperson der neonazistischen „Aktionsgruppe Halle-Saalekreis“ genannt wird, nicht mehr aktiv sein. Während Ronny B. zuletzt im April 2011 zum zweiten Mal wegen Verwendens verfassungsfeindlicher Kennzeichen verurteilt wurde, ist Marcel S. wegen Beleidigung einer Journalistin während einer Neonazidemonstration in Quedlinburg 2007 verurteilt. In der Mittagspause zur Urteilsverkündung droht er einem Unterstützer des Betroffenen unvermittelt Schläge an. Wenig später fahren die Angeklagten bedrohlich dicht mit ihrem Auto an Prozessbeobachter_innen vorbei, wozu sie demonstrativ auf die Gegenfahrbahn wechseln.

Die Strafhöhe fällt kurz darauf erwartungsgemäß aus: Die Angeklagten werden wegen gefährlicher Körperverletzung zu jeweils acht Monaten Jugend- bzw. Freiheitsstrafe verurteilt, die auf zwei Jahre Bewährung ausgesetzt wird. Wie von der Staatsanwaltschaft gefordert, berücksichtigt das Gericht dabei die rechte Tatmotivation ebenso wie die zugefügten erheblichen Verletzungen als strafscharfend. Zudem legt es per Beschluss fest, dass die Angeklagten 200 Euro Schadensersatz zahlen müssen und verbietet ihnen – dem Antrag des Nebenklagevertreters folgend – selbst oder durch Dritte Kontakt zum Betroffenen aufzunehmen. Da Verteidiger und Staatsanwaltschaft Rechtsmittelverzicht erklären, ist das Urteil rechtskräftig. ■

1. Juli/Köthen (Anhalt-Bitterfeld)

Gegen 6:15 Uhr wird ein 20-Jähriger am Bahnhofsvorplatz von einem stadtbekanntem Neonazi u.a. als „Scheiß Antifa“ beschimpft und geschlagen. Schließlich gelingt es dem Betroffenen, weitere Schläge abzuwehren. Er flüchtet in Richtung Polizeirevier und alarmiert über Handy die Polizei, während er unter weiteren Bedrohungen verfolgt wird. Dabei stürzt der Neonazi und kann von eintreffenden Beamten gestellt werden.

13. Juli/Magdeburg

Eine 36-jährige Frau wird gegen 14:30 Uhr in einer Straßenbahn in Anwesenheit ihrer zwei minderjährigen Kinder plötzlich von einer Unbekannten angegriffen, die eines der Kinder beim Einsteigen mit einer Zigarette beworfen hat. Als die 36-Jährige sich schützend vor ihre Kinder stellt wird sie rassistisch beschimpft, ins Gesicht geschlagen und gewürgt. Keiner der anwesenden Fahrgäste interveniert. Lediglich ein Zeuge informiert über Notruf die Polizei. Als die Angreiferin flüchten will, hält die Betroffene sie fest. Jetzt greifen auch Mitfahrende ein und unterstützen die 36-Jährige, bis die Polizei eintrifft.

29. Juli/Merseburg (Saalekreis)

Während einer Demonstration für Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge werfen gegen 15 Uhr Neonazis an der Domprobstei zwei Knallkörper in Richtung der Teilnehmenden. Eine 39-jährige Frau erleidet u.a. einen Schock und muss ambulant im Krankenhaus behandelt werden. Die Polizei ermittelt wegen Körperverletzung. Bereits zu Beginn der Demonstration hatte eine etwa 20-köpfige Neonazigruppe am Hauptbahnhof versucht, die Versammlung zu stören. Daraufhin hatte die Polizei etliche Platzverweise ausgesprochen.

30. Juli/Magdeburg

In einem Lebensmittelmarkt am Neustädter Platz wird eine 19-Jährige kurz nach 15 Uhr während ihres Einkaufs von einer Frau rassistisch beleidigt und mit dem Kopf gegen ein Einkaufsregal geschlagen. Als sie das Geschäft verlässt und zu ihrem Vater geht, wird auch er von der Angreiferin rassistisch beschimpft.

Eine gemischte Bilanz: 10 Jahre Mobile Opferberatung

Nach zehn Jahren erfolgreicher Beratungsarbeit fällt die Zwischenbilanz notwendigerweise zwiespältig aus.

Mehr als tausend Beratungsverhältnisse, erfolgreich bewältigte Traumata und veränderte Lebensperspektiven; mehr als fünfzig Veranstaltungen mit der preisgekrönten „Infotour: Die Mobile Opferberatung vor Ort“, zwei große überregionale Fachkonferenzen, ein halbes Dutzend Fachpublikationen, über dreißig Ausgaben der „informationen“: Trotz erfolgreicher Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit in den vergangenen zehn Jahren – unter immer wieder schwierigen politischen Rahmenbedingungen und mit dünner Personaldecke – fällt eine Zwischenbilanz notwendigerweise zwiespältig aus. Denn der Umgang mit den Betroffenen rechter Gewalt ist immer auch ein Spiegelbild davon, wie eine Gesellschaft und die politisch Verantwortlichen mit Minderheiten umgehen. Hier waren und sind die Betroffenen sowie das Projekt mit wellenförmigen Aufmerksamkeits-, Skandalisierungs-, Normalisierungs- und Gewöhnungsspiralen im politischen und medialen Diskurs konfrontiert.

Hinzu kommt eine erhebliche Verschiebung im politischen Diskurs: Der Beginn der Opferberatungsprojekte in den fünf neuen Bundesländern und Berlin markierte 2001 auch einen Paradigmenwechsel: weg von der Täterzentrierung zugunsten des Empowerments von Minderheiten und Zivilgesellschaft. Zehn Jahre später jedoch ist die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten einem diffusen „Extremismuskurs“ gewichen, der im Zweifel vor Ort antifaschistisch Engagierte als „Linksextremisten“ diffamiert. Gegenläufig zur bundespolitischen Entwicklung und positiv ist dagegen die Unterstützung, die die Mobile Opferberatung durch die jeweiligen Landesregierungen in Sachsen-Anhalt erfährt.

Noch immer eine Frage der Wahrnehmung

Seit 2001 ereigneten sich in Sachsen-Anhalt mehr als 1.200 politisch rechts motivierte Gewalttaten – darunter mindestens fünf einschlägige Tötungsdelikte. Auch nach den Zahlen der Sicherheitsbehörden nimmt Sachsen-Anhalt seit 2006 im Vergleich der Bundesländer eine Spitzenposition ein. Ein konstanter Faktor in der Arbeit ist die oft zähe Auseinandersetzung mit Polizei und Justiz um die Wahrnehmung rechter Tatt motive und Hintergründe geblieben. Dabei gehört zu den oft wiederholten Binsenweisheiten aus Forschung und Praxis, dass mangelnde Strafverfolgung und juristische Aufarbeitung die Täter_innen ermutigt und die Betroffenen sowie deren Umfeld weiter marginalisiert.

Auch wenn seit 2001 mit der Reform der Erfassungskriterien für politisch motivierte Kriminalität (PMK) die Sensibilität für deren Anwendung in den Führungsebenen der Sicherheitsbehörden zugenommen hat, ist die Vermittlung an der polizeilichen Basis mancherorts noch immer nicht gelungen. Dies gilt auch für die Qualität polizeilicher Einsätze nach rechten und rassistischen Gewalttaten. Erinnert sei hier nur an die zahlreichen Fälle polizeilichen Fehlverhaltens im Kontext rechter Gewalt – wie beispielsweise beim Angriff auf das Ensemble des Nordharzer Städtebundtheaters in 2007 in Halberstadt.

Die Bereitschaft der Betroffenen sinkt, neue Gewalttaten zur Anzeige zu bringen, je inkonsequenter eine Strafverfolgung betrieben wird. Zwar sorgte und sorgt die damit oft einhergehende Ignoranz und Überheblichkeit, mit der Richter_innen und Staatsanwälte_innen eindeutige Hinweise auf rechte

und rassistische Motive für die Angriffe als „Auseinandersetzung unter verfeindeten Jugendgruppen“ oder „Kneipenschlägerei“ abtaten, sowohl überregional als auch vor Ort für massive Kritik und Empörung. Doch sobald das öffentliche Interesse erlahmt, geht noch allzu oft alles weiter wie gehabt. Zu den Schwierigkeiten gehören auch die langen Instanzenwege: herausragend ist hier sicherlich die juristische Aufarbeitung eines Angriffs auf das Café des soziokulturellen Zentrums Reichenstraße in Quedlinburg im Juni 2005 mit mehreren Verletzten. Eine letztinstanzliche Verurteilung des Haupttäters erfolgte fünf Jahre nach der Tat.

Gesellschaftliche Solidarisierung

Öffentliche Solidarisierung mit den Opfern setzt den Tätern Grenzen, lautet eine zentrale Botschaft der Opferberatung. Zahlreiche Beispiele aus den vergangenen zehn Jahren zeigen, dass es durchaus möglich ist, für einen bestimmten Zeitraum unterschiedliche gesellschaftliche Akteur_innen vor Ort zu sensibilisieren und zu aktivieren. Sei es für Prozessbegleitungen, Spendenaktionen, konkrete Hilfsangebote oder kurzfristige Interventionen. Oft jedoch fehlt es an personellen, finanziellen und infrastrukturellen Ressourcen, um dieses Engagement langfristig abzusichern und beispielsweise eine nicht-rechte und alternative Jugendkultur nachhaltig zu fördern. Schwierig bleibt es zudem in denjenigen ländlichen Regionen, in denen staatlich geförderte Initiativen und Projekte zivilgesellschaftliches Engagement mangels Vorhandensein anderer Strukturen oder engagierter Einzelpersonen quasi mitsimulieren müssen. Und unklar ist, was in den Regionen geschehen wird, in denen zivilgesellschaftliche Initiativen und Bündnisse mit ihrem Engagement zwar Veränderungen erreicht haben, dieses aber ohne Unterstützung von Außen nicht aufrecht erhalten können.

Restriktive gesetzliche Bestimmungen beschneiden zudem die Spielräume bei der Unterstützung von Betroffenen rassistischer Gewalt erheblich. Besonders dramatisch ist

die Situation von langjährig geduldeten Flüchtlingen, die über viele Jahre ein Leben in Perspektivlosigkeit führen. Es ist diese Betroffenengruppe, bei denen die Mobile Opferberatung, die im Verbund mit den anderen Opferberatungsprojekten in den neuen Bundesländern und Berlin schon früh eine Kampagne „Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt“ initiiert hatte, gemeinsam mit Partner_innen vor Ort nur in Einzelfällen reale Erfolge vorweisen kann.

Ein herausragendes Beispiel für einen lokalen und überregionalen Solidarisierungsprozess ist sicherlich die Kampagne für ein Bleiberecht von Aliou D. gewesen, der im Mai 2008 Opfer eines rassistischen Angriffs in Burg wurde. Dass er nicht abgeschoben wurde, sondern inzwischen mit einem festen Aufenthalt zum ersten Mal seit Jahren ein selbstbestimmtes Leben führen kann, ist nur dem Zusammenspiel vieler Menschen aus ganz unterschiedlichen Bereichen – inklusive der Landesregierung – zu verdanken. Vor dem Hintergrund, dass Aliou D. eben kein Einzelfall ist, erscheint es umso notwendiger, dass eine Bleiberechtsregelung für Opfer rassistischer Gewalt auf die politische Tagesordnung gesetzt wird.

Perspektiven

Zehn Jahre nach Projektbeginn ist vor allem eines deutlich: Ein Ende der rechten und rassistischen Gewalt ist nicht in Sicht. Und der Bedarf an Beratung und Unterstützung steigt weiter an, wie auch aus den zahlreichen Unterstützungsanfragen aus den westlichen Bundesländern deutlich wird. Entsprechend notwendig ist es, die Opferberatungsprojekte ebenso wie die Mobilien Beratungsteams endlich als dauerhafte Beratungsstrukturen zu fördern. Denn ansonsten steht die Arbeit aller Beratungsprojekte nach dem Ende des derzeitigen Bundesprogramms in 2013 erneut in Frage. Für die Mobile Opferberatung bedeutet das vor allem: Intensiver denn je dafür zu arbeiten, dass die Perspektive der Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt gehört und ernst genommen wird. ■

5. August/Weißenfels (Burgenlandkreis)

Gegen 23 Uhr setzen sich drei Jugendliche zu einer Gruppe Alternativer, die an einem öffentlichen Platz Musik hören. Einer der drei, ein augenscheinlich Rechter, beschimpft einen anwesenden Antifa und bezeichnet die Musik als „Antifakacke“. Als der 19-Jährige fragt, was das soll, schlägt der Unbekannte auf ihn ein, so dass er zu Boden geht. Dann tritt der Angreifer gegen seinen Kopf. Zwei der Alternativen beenden schließlich den Angriff. Der 19-Jährige erleidet mehrere Hämatome.

16. September/Bad Dürrenberg (Saalekreis)

Kurz nach 21 Uhr werden drei alternative Jugendliche aus einem vollbesetzten Auto beschimpft, das plötzlich neben ihnen anhält. Bevor der PKW weiterfährt, wirft einer der Insassen gezielt eine Bierflasche in ihre Richtung und verfehlt eine 19-Jährige nur knapp. Die Betroffenen rufen die Polizei und erstatten Anzeige. Kurz davor waren die Rechten unter „Heil Hitler“-Rufen und Zeigen des Hitlergrüßes an einem Treffpunkt alternativer Jugendlicher vorbeigefahren.

18. Oktober/Magdeburg

Als eine 19-jährige Antifaschistin im Stadtteil Fermersleben zwei entgegenkommende augenscheinlich Rechte mustert, wird sie angepöbelt. Dann schlägt einer der Unbekannten ohne Vorwarnung zu. Beim Zurückweichen stolpert die Betroffene zu Boden und wird von dem zweiten Angreifer zwei Mal mit voller Wucht in den Rippenbereich getreten. Schließlich gelingt es ihr zu flüchten. Sie erleidet mehrere Prellungen.

21. Oktober/Magdeburg

Ein 27-jähriger Punk und ein 31-jähriger Alternativer sind gegen 22 Uhr auf dem Weg zu einem Konzert im soziokulturellen Zentrum L!Z, als plötzlich aus einem Gebüsch zwei Vermummte auf sie zulaufen. Fast zeitgleich wird der Punk von hinten so zu Boden gebracht, dass er bewusstlos liegen bleibt. Auch der 31-Jährige wird von einem weiteren Angreifer von hinten gegen den Hinterkopf geschlagen und geht zu Boden. Dann schlagen und treten mehrere Angreifer mehrfach gegen seinen Kopf und flüchten. Ein vorbeikommender Autofahrer alarmiert den Rettungsdienst.

„Wichtig ist, den Nazis die Infrastrukturen wegzuschnappen.“

Politisch aktive Jugendliche und junge Erwachsene gehören mit zu den Hauptzielen politisch rechts motivierter Gewalt. Wir haben darüber – stellvertretend für viele unabhängige Antifas – mit Jessica (22), Karsten (23) und Tobias (21)* aus Halle und Umgebung gesprochen.

Warum engagiert Ihr Euch antifaschistisch?

Tobias: Ich komme aus einer ländlichen Region, wo Rassismus und Homophobie zum Alltag gehören und es etliche Neonazigruppen gibt, aber auch ganz normale Leute, die dieselben Einstellungen vertreten. Wenn man nach und nach mitbekommt, wie menschenverachtend dieses Denken ist, hat man gerade auf den Dörfern nur die Möglichkeit, sich entweder komplett davon abzugrenzen oder mitzulaufen.

Karsten: In meinem Dorf wurde eine Atmosphäre von Angst geschaffen. Und mich hat einfach ein inneres Bedürfnis nach Menschlichkeit motiviert, mich dagegen zu engagieren und das Bedürfnis, eine Atmosphäre zum Leben zu haben, die nicht von Gewalt oder von Bedrohung oder von Behauptungsansprüchen geprägt ist.

Jessica: Ich habe als kleine Punkerin angefangen und dann irgendwann mitbekommen, dass Leute aus dem nahen Umfeld Probleme mit Nazis hatten. Ich finde es schlimm, wenn Leute aufgrund ihres Andersseins Probleme bekommen. Das ist heute auch noch die Motivation für mein Engagement.

Was macht antifaschistische Arbeit aus?

Jessica: Sehr viel Verschiedenes. Das fängt mit Konzerten an, um Geld für politische Vereine oder für Prozesskosten von Einzelnen einzutreiben. Dann gibt es das Schreiben von hochwertigen intellektuellen (lacht) Artikeln zu aktuellen Themen bis hin dazu, – was ich am wichtigsten finde – dass man die eigenen Werte und Meinungen auch im Alltag vertritt.

Karsten: Für mich ist antifaschistische Arbeit auch die eigene Auseinandersetzung mit Faschismus, Nationalsozialismus, der Shoa und Diskriminierung.

Seht ihr dabei Stadt-Land-Unterschiede?

Jessica: In der Stadt ist man auf jeden Fall erstmal anonym. Wenn man sich hier antifaschistisch engagiert, dann bekommt es der Nachbar nicht gleich mit – das geht auf dem Dorf eben sehr schnell.

Karsten: Aber in den Städten gibt es auch viele Probleme. Während es im Dorf vielleicht bloß die Nazis gibt und mich und meine Freund_innen, gibt es in der Stadt die Nazis und z.B. sexistisch-homophobe, gewalttätige Hiphop-Gangs, wogegen man dann auch wieder aktiv werden muss.

Tobias: Wenn man es auf dem Dorf zum Beispiel schafft, eine öffentliche Infoveranstaltung zu organisieren, ist das ein Riesenerfolg. In der Stadt hat man gleich zehn davon pro Woche, deren Effekt eher unklar bleibt. Ein großes Problem ist, dass in den Dörfern, aber auch Kleinstädten die engagierten Leute regelmäßig wegziehen und dadurch die Strukturen immer wieder zusammenbrechen.

Karsten: Zur Problematik gehört auch, dass die Stadt viel Energie absaugt, so dass die andere Arbeit auf dem Land wegfällt. Ländliche Gruppen fahren natürlich oft in die Städte, weil es dort die netteren Parties, die größeren Demos und die spannenderen Vorträge gibt. Hinzu kommt, dass alleine aufgrund der Entfernungen zwischen Dörfern, in denen vielleicht immer nur ein oder zwei Antifas leben, das Leben viel komplizierter ist. Das gilt natürlich auch für Bedrohungssituationen: in der Stadt sind schneller Leute da, die einem helfen können.

Tobias: Auf dem Dorf fängt es ja schon bei einem Raum an, wo man sich treffen kann und den man meistens nicht findet.

Karsten: Auf dem Land denkt man immer: Welche Konsequenzen haben meine Handlungen für andere? Wird mein Bruder demnächst angegriffen oder das Auto meiner Eltern beschädigt? Das schränkt die Handlungsspielräume noch weiter ein.

Tobias: Und nicht zu vergessen, in den Städten kann man auch einfach politisch aktiv sein, ohne dass die Eltern das mitkriegen. Das kann man auf dem Dorf nicht. Meine Eltern wurden durch mich und die Geschichten, die uns passiert sind, politisiert.

Karsten: Meine Mutter sagt immer: Das haben sie uns früher in der DDR gar nicht gesagt. Aber gut zu wissen. (lacht)

Wie schätzt ihr die Gefahr für diejenigen ein, die sich offen antifaschistisch engagieren?

Karsten: Auf dem Dorf ziemlich hoch. Aber auch in den Städten ist die Gefahr potenziell ständig da. Wenn man offen auftritt gegen Homophobie, Mackertum, Rassismus und Antisemitismus, dann kriegt man in jeder ostdeutschen Stadt schnell nicht nur mit Nazis, sondern auch mit Fußballfans oder anderen großen Menschenansammlungen Probleme. Aber wir haben natürlich den Vorteil, dass wir vom Aussehen eher der normalen Mittelschicht zugerechnet werden.

Tobias: Das ist ja nicht unbedingt freiwillig, wenn man sich jetzt normal anzieht. Es liegt auch daran, dass man weiß, es ist gerade auf den Dörfern, aber auch in den Städten ungefährlicher.

Welche Erfahrungen habt ihr mit rechter Gewalt?

Jessica: Ein Freund, ein Punk, hat in der Straßenbahn eine Gruppe Fußballfans aufgefordert, den Hitlergruß nicht mehr zu zeigen. Er ist dann angegriffen und auch ziemlich stark verletzt worden. Oft gibt es auch die Erfahrung, dass niemand in der Straßenbahn oder auf der Straße eingreift oder zumindest die Polizei gerufen oder dem Straßenbahnfahrer Bescheid gesagt wird.

Karsten: Am Wochenende haben wir uns oft abends nicht mehr raus getraut oder genau überlegt, wie wir schnell von A nach B kommen. Unser Bandproberaum war auch An-

griffsziel der Nazis. Freund_innen mussten sich dort immer einschließen oder wurden davor angegriffen. Oder man war leicht angetrunken auf dem Nachhauseweg und auf einmal musste man vor einem vollbesetzten Nazi-Auto wegrennen und wurde mit Waffen bedroht.

Welche Unterstützung war Euch danach wichtig?

Karsten: Ein Bus mit 50 Antifas? (lacht) Bei uns war es wichtig, dass wir irgendwann nicht mehr alleine waren. Mit der Mobilen Opferberatung gab es plötzlich Leute, die sich für uns und unsere Erfahrungen interessierten, mit uns überlegt haben, was wir machen können, und die auch mit der Bürgermeisterin in Kontakt getreten sind und Druck gemacht haben. Auf uns Jugendliche wurde ja nicht gehört. Für viele war das eine starke Entlastung, darüber reden zu können, dass die Angriffe veröffentlicht wurden und auch etwas getan wird, zum Beispiel ein Naziclub dann auch verschwindet. Danach gingen auch die Angriffe enorm zurück.

Tobias: Es ist auch hilfreich, wenn die Mobile Opferberatung als quasi öffentliche Instanz auftritt und das Verhalten von Polizei und Politikern ganz anders kritisieren kann.

Jessica: Dadurch entsteht ein Druck, der die Leute aus einer vermeintlichen Neutralität rauszwingt. Und besonders wichtig ist, den Nazis die Infrastrukturen wegzuschnappen.

Was ist mit der eigenen Infrastruktur?

Tobias: Eine Selbstorganisation oder eigene Infrastruktur mit Rückzugsorten für eine Gegenkultur, sei es durch Räumlichkeiten, Bands oder Konzerte, ist total wichtig.

Und was wollt Ihr mit eurem Engagement erreichen?

Karsten: Naja, ein bisschen großensinnig muss man ja immer sein als Antifaschist_innen (lacht). Ich wünsche mir eine befreite Gesellschaft. Und ganz banal wünsche ich mir erstmal, dass Neonazis verschwinden bzw. sich eine große breite Masse dagegen positioniert. Kurzum: Ich wünsche mir, dass die Menschen menschlicher miteinander umgehen.

* **Namen geändert** ■

Gegen 11:30 Uhr wird ein Student aus China auf der Fasanerieallee von einem Unbekannten unvermittelt am Hals gepackt und getreten. Kurz vor 15 Uhr greift der Mann einen weiteren chinesischen Studenten an. In einem NP-Markt packt er den Betroffenen am Hals und fordert die Herausgabe von zehn Euro. Dabei bedroht er ihn mit Pfefferspray. Der Student versucht zu fliehen, wird aber von dem Angreifer eingeholt und geschlagen. Als der Marktleiter den Angreifer zur Rede stellen will, geht er auch auf diesen los. Tags darauf erlässt das Amtsgericht Dessau-Roßlau Haftbefehl gegen einen 18-jährigen Beschuldigten wegen Flucht- und Wiederholungsgefahr und begründete diesen u.a. mit dessen „fremdenfeindlichen“ Gesinnung.

Auf der Website

www.mobile-opferberatung.de finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

„Alleine wäre es mir nie gelungen, die Täter anzuzeigen, obwohl ich schon mehrfach angegriffen wurde. Mir ist aber wichtig, dass die Öffentlichkeit von diesen Angriffen erfährt. Und sollte meinem Sohn jemals etwas passieren, weiß ich, wer uns dann helfen kann. Das gibt mir ein besseres Gefühl.“

*Julde Barrie, Betroffener
rassistischer Gewalt
(Altmarkkreis Salzwedel)*

„Es gibt viele Organisationen, die Hilfe präventiv und nachbereitend anbieten. Die MOB aber ist gerade auch dann da, wenn es konkret wird. Und das schnell, persönlich und kompetent. Nichts könnte den Betroffenen und ihrem Umfeld besser helfen.“

*Ivy Bieber, Jugendbildung/
Leitung ZORA e.V., Halberstadt
(Landkreis Harz)*

„Die Solidarität, die ich durch die Mobile Opferberatung verspürte und die Beratung bei den weiteren juristischen Schritten, die ich ging, war mir eine große Hilfe und sehr wichtig, um die psychischen Folgen des Angriffs verarbeiten zu können. Dankeschön!“

*Norbert G., ehemaliger Klient
(Burgenlandkreis)*

Vor Ort:

Rechte Dominanz in Magdeburg-Reform

Am 22. Oktober 2011 demonstrierten etwa 100 Antifaschist_innen gegen rechte Gewalt im Magdeburger Stadtteil Reform, nachdem ein erster Versuch im Februar diesen Jahres durch Neonazis verhindert wurde. Die Kontinuität politisch rechts motivierter Angriffe im Stadtteil hat im August 2011 zur Gründung eines Bündnisses antifaschistischer Gruppen geführt. Ihr Ziel: Die rechte Dominanz im Alltag thematisieren.

„Reformer Jungs“ und organisierte Neonazis

Zur rechten Dominanz gehört auch die etwa 40-köpfige, lose organisierte Gruppe „Reformer Jungs“, die sich mit entsprechenden T-Shirt-Aufdrucken in altdeutscher Schrift präsentiert. Während der Staatsschutz laut „Magdeburger Volksstimme“ keine Belege dafür habe, dass die Gruppe „rechtsradikal“ sei, zeigen Recherchen ein anderes Bild: Die „Reformer Jungs“ sind dem „Adrenalin“-Umfeld zuzurechnen, einer rechten Fangruppe des FC Magdeburg. Beim Stadtteilstfest im Mai 2010 traten „Reformer Jungs“ gemeinsam mit Neonazis als etwa 30-köpfigen Gruppe auf. Einzelne besuchen rechte Konzerte oder nahmen am Neonaziaufmarsch im Januar 2011 in Magdeburg teil. Treffpunkt eines Teils der Gruppe ist die BANANE, einziger Kinder- und Jugendclub des Stadtteils.

Seit Jahren nutzt die organisierte Neonaziszene zudem die „Dart-Kneipe“ in Reform für ihre Mobilisierungen. Bereits 2008 und 2009 traf sich dort das „Nationale und soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ (NSAM), ein überregionales Bündnis militanter neonazistischer Kameradschaftsstrukturen. Ausgerichtet wurde das Treffen von Andy Knappe, damals Landesvorsitzender der JN Sachsen-Anhalt. Auch das Mobilisierungstreffen zu der neonazistischen Kundgebung zum Anti-Kriegstag 2010 in Dortmund fand – wiederum unter Beteiligung der JN – in der Kneipe statt.

Rechte Hegemonie im öffentlichen Raum

Allein seit Sommer 2010 hat die Mobile Opferberatung zehn politisch rechts motivierte, z.T. massive Angriffe in Reform registriert, zum Beispiel den Angriff auf einen Antifaschisten bei einem Osterfeuer im April diesen Jahres. Der 19-Jährige wurde von Neonazis attackiert und konnte fliehen, wurde jedoch verfolgt und erneut angegriffen. Besucher_innen des Osterfeuers intervenierten nicht. Alternative Jugendliche und junge Erwachsene wurden selbst tagsüber aus Autos heraus bedroht und verfolgt. Auch die Scheiben eines Döner-Imbisses wurden in diesem Jahr mehrfach eingeschlagen und die Fassade mit rechten Parolen besprüht. Die Zahl nichtangezeigter Angriffe dürfte erfahrungsgemäß höher liegen, auch aus Angst vor Rache aus dem Umfeld der Täter_innen. So wurden Betroffene u.a. durch „Hausbesuche“ von Rechten bedroht und eingeschüchtert.

Dass Neonazis die Hegemonie im öffentlichen Raum auch mit Gewalt und Drohkulissen durchsetzen zeigte sich auch bei der geplanten Demonstration gegen Rechts in Reform im Februar 2011. So wurde ein 21-jähriger Linker auf dem Weg dorthin von mehreren Rechten angegriffen. Danach patrouillierten etwa 50 Rechte durch den Stadtteil, sodass die Demonstration aus Sicherheitsgründen abgesagt werden musste. Beim zweiten Anlauf im Oktober diesen Jahres erteilte die Polizei etwa 30 Neonazis in unmittelbarer Nähe der Demonstration Platzverweise.

Vor diesem Hintergrund ist eine Problemwahrnehmung der Behörden und Verantwortlicher vor Ort längst überfällig, welche die Perspektive von Betroffenen und potenziell Betroffenen ernst nimmt und bei der Entwicklung von Handlungsstrategien einbezieht. Weiterbildungen der Mitarbeiter_innen und spezifische Angebote für die Besucher_innen des Jugendclubs BANANE wären ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. ■

Mangel an professioneller Unterstützung in Westdeutschland

Politisch rechts, rassistisch und antisemitisch motivierte Gewalt ist ein gesamtdeutsches Problem. Doch in den alten Bundesländern mangelt es an professionellen, unabhängigen und parteilichen Beratungsprojekten für Betroffene rechter Gewalt und deren soziales Umfeld.

In der Praxis führt das dazu, dass die Opferberatungsprojekte in den ostdeutschen Bundesländern und Berlin regelmäßig Unterstützungsanfragen von Betroffenen beispielsweise aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern erhalten. Immer wieder im Fokus steht auch hier die Erfahrung der mangelnden Wahrnehmung von Seiten der Behörden für den politisch rechts motivierten Hintergrund der Angriffe. Hinzu kommen zum Teil gravierende Sicherheitsprobleme für die Betroffenen. Denn insbesondere in den westdeutschen Bundesländern fallen die sehr selbstbewusst agierenden, militanten Aktivist_innen der Freien Kameradschaften und Autonomen Nationalisten als Täter_innen auf.

Terror im Alltag

Deren Strategie, „politische Gegner_innen“ im unmittelbaren Alltagsumfeld zu terrorisieren, reicht vom Telefonterror, Hakenkreuz- und namentlichen Drohschmierereien in der Nachbarschaft, „Hausbesuchen“, dem Veröffentlichen von Fotos, Namen, Adressen, Schule oder Ausbildungsplatz etc. über das Einwerfen von Fensterscheiben, Buttersäureanschlägen auf Privatautos bis zu gezielten körperlichen Angriffen. Je geringer das Verfolgungsinteresse der Behörden ist, desto schneller und massiver eskaliert die Bedrohungs- und Gewaltspirale.

Manchmal ist es nur glücklichen Zufällen zu verdanken, dass rechte und rassistische Gewalt nicht tödlich endet. Wie am frühen Abend des 20. November 2011 im westfälischen Ahlen. In einem Park griffen vier Männer einen 46-jährigen Migranten an, beleidigten ihn als „Türkensau“ und verletzten ihn mit zwei Messerstichen schwer.

In derartigen Fällen waren Betroffene in der Region bisher auf sich allein gestellt. Erst vor wenigen Wochen hat – zuständig für den Raum Westfalen und finanziert aus Landesmitteln – die Beratungsstelle „BACK UP“ – ihre Arbeit aufgenommen, 2012 soll ein weiteres Angebot für das Rheinland geschaffen werden.

Zu wenig und unterbesetzte Beratungsstellen

In drei süddeutschen Bundesländern und in Schleswig-Holstein existieren Beratungsangebote für Betroffene rechter Gewalt seit etwa zwei Jahren als Bestandteile der jeweiligen Landesberatungsnetzwerke, aktuell mit Fördergeldern des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ finanziert. Die „Beratungsstelle für Opfer von Diskriminierung und rechter Gewalt“ im Saarland, die seit August 2009 besteht, ist im Familienministerium in Saarbrücken angesiedelt und verfügt über eine Beraterin. Seit Herbst 2009 gibt es in Bayern die „B.U.D. – Beratung. Unterstützung. Dokumentation.“, die beim Bayerischen Jugendring in München angesiedelt ist und anlassbezogen mit freiberuflichen Berater_innen arbeitet.

Die „Opferberatung Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz“ existiert seit Januar 2010 in Trägerschaft der „Opfer- und Täterhilfe e.V.“ in Mainz und ist mit einer Teilzeitstelle besetzt. Ebenfalls seit 2010 gibt es auch in Schleswig-Holstein ein entsprechendes Beratungsangebot beim Landesverband der AWO in Kiel mit einem Erstberater. In Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg existierten derzeit keine spezifischen Opferberatungen.

Insgesamt bedeutet diese Situation nicht nur, dass vielerorts Betroffene alleine gelassen werden. Auch ein unabhängiges Monitoring findet nicht statt. Entsprechend schwierig ist es, dem Mythos, rechte Gewalt sei es Ostphänomen, statistisch untermauerte Fakten entgegen zu setzen. ■

„Opferschutz heißt, auch den Hintergrund des Angriffs wahrzunehmen und die Wahrnehmung der Betroffenen anzuerkennen. Wie in vielen Missbrauchsfällen haben die Betroffenen rechter Angriffe häufig einen längeren Weg der Erniedrigung hinter sich.

Die Mobile Opferberatung ist eine der wenigen Institutionen, die sich diesem Thema explizit stellen. Umso wertvoller ist ihre Arbeit: für jedes einzelne Opfer und für die Gesellschaft generell. “

Denis H., ehemaliger Leiter eines Kinder- und Jugendhauses in Magdeburg

„Ich bin schon mehrmals Opfer von rechter Gewalt geworden, und immer hat mich die Mobile Opferberatung sehr schnell und positiv unterstützt. Beispielsweise wurde ich 2008 von mehreren Nazis angegriffen und verletzt. Die MOB hat sich auch dann weiter eingesetzt, als keine Täter ermittelt werden konnten. Wir haben zusammen einen Antrag auf Billigkeitsentschädigung gestellt, der dann positiv bearbeitet wurde. “

Tobias H., Azubi (Salzlandkreis)

„Viele halten Demokratie und Freiheit für selbstverständlich. Sie sind es aber nicht. Den Rechtsextremismus zu bekämpfen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und ein zentrales Anliegen der Gewerkschaften. Dafür brauchen wir die Beratungsprojekte für Opfer rechter und rassistischer Gewalt – nicht nur im Osten, sondern auch im Westen. “

Michael Sommer, DGB-Vorsitzender

” Sachsen-Anhalt ist leider ein Bundesland mit einer hohen Zahl an rechtsextremen Gewalttaten. Deswegen ist es für Betroffene dieser Angriffe sehr wichtig, spezifische Hilfe von einer Organisation wie der Mobilen Opferberatung zu bekommen. Ihre Beraterinnen haben uns geholfen, so dass wir nicht alleine mit den Konsequenzen des rassistischen Angriffs konfrontiert waren. Wir fühlen uns mit voller Kraft unterstützt. “

*José Luis und Monika,
Student_innen der Otto-von-Guericke-
Universität, Magdeburg*

” Von Behörden häufig nicht ernst genommen, benötigen Opfer nach rechten Angriffen direkte Unterstützung, da sie und ihr soziales Umfeld mit der Situation oft überfordert sind. Die Professionalität der Mobilen Opferberatung ist bemerkenswert. Mit Einfühlungsvermögen und Entschlossenheit verfolgen die Berater_innen die Interessen ihrer Klient_innen. Das Simon Rau-Zentrum dankt der Mobilen Opferberatung für 10 Jahre hervorragende Arbeit. “

*Enrico Kabisch, Simon Rau-Zentrum
e.V., Weißenfels (Burgenlandkreis)*

” Die Mobile Opferberatung ist für uns seit ihrem Bestehen ein unverzichtbarer Partner im Einsatz für die Verbesserung der Rechte von Flüchtlingen und gegen Rassismus. Wir wünschen dem Projekt, dass seine Stimme auch in Zukunft von vielen Menschen gehört wird. “

*Dr. Christoph Kunz, Vorstandsvorsitzender des Flüchtlingsrat
Sachsen-Anhalt e.V.*

Es ist Zeit für eine Zäsur

Seit Anfang November ist bekannt, dass Neonazis eine rassistische Mordserie an neun Männern türkischer und griechischer Herkunft sowie mindestens zwei Nagelbombenanschläge gegen Migrant_innen mit mehr als zwanzig Verletzten und einen Mord an einer Polizisten verübt haben. Die Hintergründe allerdings dringen nur langsam an die Öffentlichkeit. Angesichts der fatalen Mischung aus Verharmlosung und Ignoranz, mit der Sicherheitsbehörden das jahrelange Morden erst ermöglicht haben, ist es Zeit für eine Zäsur im Umgang mit der extremen Rechten und dem alltäglichen Rassismus in der Mitte der Gesellschaft.

Obwohl es seit Mitte der 1990er Jahre nach Waffen- und Sprengstofffunden zahllose Hinweise auf die Gewalttätigkeit der Kerngruppe um die drei Jenaer Neonazis Uwe B., Uwe M. und Beate Z. gab, haben Geheimdienste und Sicherheitsbehörden weder die rassistische Mordserie aufgeklärt, noch das rechtsextreme Motiv erkannt, geschweige denn weitere Taten verhindern können. Auch wenn in keinem der Fälle ein opferbezogenes Motiv erkennbar war, suchte die Sonderkommission namens „Bosporus“ jahrelang nach kriminellen Verbindungen zwischen den Opfern und in deren Umfeld.

Langjährige Leugnung neonazistischen Terrors

Eine rassistische und extrem rechte Tatmotivation wurde – wie auch bei dem Nagelbombenattentat im Juni 2004 in der überwiegend von Migrant_innen bewohnten Kolbstraße in Köln durch den damaligen Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) – öffentlich wiederholt ausgeschlossen. Dabei hatten Angehörige und Betroffene immer wieder auf einen rassistischen Hintergrund hingewiesen und die einseitigen Ermittlungen kritisiert. Wie viele andere mussten sie erleben, wie Sicherheitsbehörden und politisch Verantwortliche rechte Gewalt und rassistische Angriffe verharmlosten, entpolitisierten und leugneten.

Ende November entschuldigte sich dann Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) im Namen aller Bundestagsabgeordneten bei den Hinterbliebenen „für manche Verdächtigungen von Opfern und Angehörigen, die sie während der Ermittlungen vor Ort erleben mussten“. Zudem sicherte er zu, dass alles Nötige zur Aufklärung der Ereignisse und ihrer Hintergründe getan werde. Aus unserer langjährigen Erfahrung in der Begleitung von Angehörigen, deren Kinder, Lebenspartner oder Geschwister von Neonazis getötet wurden, wissen wir, dass derartige Entschuldigungen von Vertreter_innen des Staates für die Hinterbliebenen von großer Bedeutung sein können – zumal sie auch ein deutliches Signal in die Mehrheitsgesellschaft sind.

Allerdings wissen wir auch, dass die Aufklärung der Tatumstände ebenfalls zentral für Angehörige ist. Leider sind die Angehörigen der rassistischen Mordserie derzeit damit konfrontiert, dass Informationen nur bruchstückhaft öffentlich werden und in erster Linie ein erschreckendes Ausmaß an Versagen von Strafverfolgungsbehörden und Geheimdiensten offenbaren.

Dieses beruht nach allem, was bisher bekannt wurde, vor allem auf dem altbekannten Reflex von Polizei, Justiz und Geheimdiensten, nachweislich mit Sprengstoff und Waffen ausgerüstete Neonazis so zu behandeln, als wenn sie ihr Waffenarsenal nicht einsetzen würden. Dazu passt, dass das Bundesinnenministerium ebenso wie alle Geheimdienste auf Bund- und Länderebene seit Jahrzehnten neonazistische Terrorstrukturen auch dann konsequent leugnen, wenn deren Aktivist_innen – wie beispielsweise im Fall der Wehrsportgruppe Hoffmann – offen mordend durchs Land ziehen.

Mehr Demokratie statt mehr Verfassungsschutz

Ein zentrales Element staatlicher „Aufklärungsarbeit“ sind die so genannten V-Leute der Geheimdienste. Dabei handelt es sich um vom Staat bezahlte Neonazis, die Steuer-

gelder dazu verwenden, um Neonazistrukturen auszubauen sowie staatliche Stellen mit fragwürdigen Informationen zu versorgen – wie auch im Fall der NSU. Der Thüringer Heimatschutz (THS) – die militante Neonaziorganisation, in der das Jenaer Trio in den 1990er Jahren organisiert war – wurde über Jahre von dem V-Mann Tino Brandt angeführt und aufgebaut. Er erhielt über 100.000 Euro vom Thüringischen Verfassungsschutz, die er nach eigenen Aussagen vor allem in den Aufbau des THS investierte.

In der Geschichte der deutschen Neonazibewegung waren immer wieder V-Männer und -Frauen in tödliche Attentate und Brandanschläge involviert, haben die Produktion und den Vertrieb neonazistischer Hassmusik organisiert, NPD-Landesverbände am Laufen gehalten, mit Steuergeldern militante Neonazistrukturen wie den THS und Blood&Honour aufgebaut und ein NPD-Verbot im Jahr 2003 verhindert.

Die Arbeit von Polizei, Justiz und Geheimdiensten spiegelt vor allem gesellschaftliche Verhältnisse wider. In einem Land, in dem regelmäßig ein Drittel der Befragten erklärt, Deutschland sei „im gefährlichen Maße überfremdet“, ist es keine Ausnahme, dass Sonderkommissionen „Aladin“ oder „Bosporus“ genannt und Opfer rassistischer Gewalt unter Generalverdacht gestellt werden. Schon die Bezeichnung „Döner-Morde“ ist rassistisch und entwürdigend. Nationale Terrorzentren und neue „Gewalttäter Rechts“-Dateien von Polizei und Geheimdiensten werden daran nichts ändern.

Im Gegenteil: Schon heute arbeiten die Polizeibehörden mit einer „Gewalttäter Rechts“-Datei, auf die alle Polizist_innen bundesweit Zugriff haben. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Polizei und Geheimdiensten stellt die als Konsequenz aus dem Nationalsozialismus verfassungsrechtlich verankerte Gewaltenteilung in Frage. Vielmehr ist es jetzt an der Zeit, die Arbeit der Verfassungsschutzämter grundsätzlich zu hinterfragen, alle V-Leute abzuschaffen sowie Ermittlungsfehler aufzuarbeiten und transparent zu machen.

Was jetzt zu tun ist

Jeden Tag ereignen sich in Deutschland mindestens zwei bis drei rechte und rassistische Gewalttaten. Die Täter_innen sprechen vor allem denjenigen das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Leben ab, die als Minderheiten ohnehin schon gesellschaftlich diskriminiert werden. Nur dadurch war es möglich, dass im Zusammenhang mit den Morden der NSU von „Fremdenfeindlichkeit“ die Rede ist. Die Ermordeten waren mitnichten „Fremde“, „Türken“ oder „Griechen“, sondern repräsentieren die Mitte unserer Gesellschaft.

Zäsur heißt in diesem Zusammenhang, endlich von Rassismus und dem Wahn der „White Supremacy“ zu sprechen, denn dies war das Motiv der Neonazis. Zudem muss die Arbeit gegen die extreme Rechte sowie die parteiische Unterstützung von Betroffenen und ihrem Umfeld als eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe verstanden werden. Diese Aufgabe muss entsprechend langfristig gefördert werden – ohne die so genannte „Extremismusklausel“.

Doch bei allen Forderungen an staatliche Stellen: Rassismus und Neonazis entgegen zu treten und eine inklusive Gesellschaft zu schaffen, kann nicht delegiert werden. Jede_r kann sich einmischen, wenn Menschen rassistisch beleidigt werden, ob am Arbeitsplatz, beim Sport oder in der Kneipe. Jede_r kann eingreifen, wenn andere bedroht und geschlagen werden. Wenn wir von Zäsur reden, bedeutet das auch praktische Solidarität mit den Betroffenen. ■

Appell „Was jetzt zu tun ist“

Gemeinsam mit allen anderen Opferberatungsprojekten hat die Mobile Opferberatung einen Appell verfasst, der am 21. November 2011 auf der Titelseite der Tageszeitung erschien und unter www.demokratiebrauchtuns.de zum Nachlesen, Diskutieren und Unterzeichnen zur Verfügung steht.

„Weil ich an ein unteilbares Menschenrecht glaube, habe ich mit meiner Familie einen Betroffenen rassistischer Gewalt begleitet und unterstützt. Wir haben viel von ihm gelernt, viel mit ihm gelacht. Das hat uns bereichert. Ich möchte darauf nicht verzichten. Wir sind Freunde geworden.“

Andreas N., Selbstständiger, Berlin

„Für mich war es sehr wichtig, dass ich Ansprechpartner_innen hatte, die einen Überblick über alle juristischen und bürokratischen Vorgänge hatten und trotzdem den Blick auf meinen psychischen Zustand gerichtet haben. Durch diesen Rückhalt hatte ich das Gefühl, viel einfacher wieder auf die Beine zu kommen.“

Sam (21), wurde aufgrund seines antifaschistischen Engagements über mehrere Jahre lang von Neonazis angegriffen und terrorisiert

„Von rassistischer, rechts- und antisemitisch motivierten Gewalttaten Betroffene vor Gericht und im gesellschaftlichen Diskurs zu schützen und ihre Rechte zu stärken, ist ein zentrales Anliegen des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins. Die Unterstützung der Betroffenen durch die Mobile Opferberatung ist dabei aus unserer Erfahrung unverzichtbar – denn allzu oft gibt es in Sachsen-Anhalt sonst niemanden, der ihnen zur Seite steht.“

*Rechtsanwalt Martin Heimig,
Vorsitzender des RAV*

Weitere Statements unter:
www.mobile-opferberatung.de

Die Broschüre zum Jubiläum

**Mobile Opferberatung (Hrsg.) (2011):
beraten – unterstützen – intervenieren:
10 Jahre Mobile Opferberatung**

Auf 40 Seiten bietet die Jubiläumsbroschüre Texte über die Beratungspraxis und -standards sowie eine Bilanz des Projekts. Darüber hinaus gewährt sie interdisziplinäre Einblicke: Der Pädagoge Paul Mecheril erklärt in seinem Beitrag, warum es wichtig ist, Rassismus beim Namen zu nennen. Der Politikwissenschaftler Dierk Borstel analysiert, wie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Einstellungsmuster in der gesellschaftlichen Mitte politisch rechte Gewalt legitimiert und ermöglicht. Der Politikwissenschaftler Roland Roth setzt sich mit der Rolle von Polizei und Justiz auseinander. Die Pädagogin Jutta Hartmann beschreibt zentrale Kriterien professioneller Opferhilfe. Im Interview erklärt die Therapeutin Elise Bittenbinder die Folgen traumatischer Erlebnisse und Rechtsanwalt Sebastian Scharmer zieht eine kritische Bilanz des zweiten Opferrechtsreformgesetzes. ■

Die Broschüre kann unter www.mobile-opferberatung.de heruntergeladen oder gegen Porto unter opferberatung.sued@miteinander-ev.de bestellt werden.

An die Spender_innen unserer Jubiläumstombola

Ein herzliches Dankeschön möchte das Team der Mobilen Opferberatung den 63 Verlagen, Versänden, Bands, Projekten, Labels, Kinos, türkischen Bädern, Spaßbädern, Hochseilgärten, Buch- und Plattenläden, (sozio)kulturellen Einrichtungen und Zentren, Cafés, Clubs, Bars, Kollektiven, Initiativen, Stiftungen und Jugendverbänden sagen, die durch Sachspenden zum Gelingen der Jubiläumstombola zugunsten des „Fonds für Opfer fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt“ bei Miteinander e.V. beigetragen haben.

Wir bedanken uns zudem bei allen, die durch das Kaufen der Lose – teils mit Spendenbeträgen kombiniert – geholfen haben, die Sachspenden zu Geldspenden zu machen.

Die positive Resonanz seitens der Spender_innen, oft versehen mit respektvollen, solidarischen und mutmachenden Worten hat uns ebenso gefreut, wie das große Interesse an der Tombola während der Jubiläumsfeier selbst.

Die Möglichkeit, beim Opferfonds Mittel zugunsten unserer Klient_innen beantragen zu können, bedeutet nicht nur eine Erleichterung unserer Arbeit. Sie bedeutet in erster Linie eine Möglichkeit für Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer, antiziganistischer, homophober oder sozialdarwinistischer Gewalt, ein praktisches Zeichen der Solidarität zu erleben und ihre Handlungsspielräume zu vergrößern.

Bislang haben wir über 700 Euro zugunsten des Opferfonds eingenommen. Aufgrund der zahlreichen Spenden sind noch einige Preise vorrätig, für die bereits weitere Aktionen geplant sind, um so die 1000-Euro-Marke zu knacken.

Deshalb an alle Beteiligten: Danke für die solidarische Unterstützung! ■

Über diesen Newsletter:

Die „informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt“ erscheinen vier Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn ihr/Sie die „informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
Telefon: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11

Unbürokratische Hilfe:

Unbürokratische Hilfe für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt stellt der „Opferfonds für Betroffene fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt“ bei Miteinander e.V. zur Verfügung, der anlässlich des rassistischen Mordes an Alberto Adriano in Dessau im Juni 2000 ins Leben gerufen wurde. Seitdem erhielten über zweihundert Betroffene unterschiedliche Summen, um die materiellen und immateriellen Angriffsfolgen zu bewältigen. Damit der Opferfonds weiterhin unbürokratisch helfen kann, brauchen wir Ihre Hilfe. Spenden sind steuerlich absetzbar.

Konto:
Miteinander e.V.
Stichwort: Opferfonds
Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg
Konto-Nr.: 53 53 53, BLZ: 810 205 00

Impressum

Herausgeber:

Mobile Beratung für
Opfer rechter Gewalt
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de

Redaktion:

Zissi Saueremann (V.i.S.d.P.),
Haidy Damm

Gestaltung: www.flmh.de

getragen von:



gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“



und mit Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt

